



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2016

---

**Bemerkungen zur Prozessführungsbefugnis ausländischer Insolvenzverwalter  
vor schweizerischen Gerichten nach dem Vorentwurf für eine Revision des  
11. Kapitels des IPRG**

Jakob, Marjolaine

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-126296>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Jakob, Marjolaine (2016). Bemerkungen zur Prozessführungsbefugnis ausländischer Insolvenzverwalter vor schweizerischen Gerichten nach dem Vorentwurf für eine Revision des 11. Kapitels des IPRG. Jusletter, (11.04.2016):1-4.



## 26. September 2016

Liebe Leserinnen und Leser

Mit Urteil vom 30. Juni 2016 ging der EuGH u.a. auf die brisante Frage ein, ob ein Kind – und dessen das alleinige Sorgerecht wahrnehmender, drittstaatsangehöriger Elternteil – aufgrund des Art. 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ein **Aufenthaltsrecht im Aufnahmemitgliedstaat** habe. *Marc Spescha* ortet angesichts der bejahenden Auslegung des EuGH bei der bundesgerichtlichen «Ibrahim/Teixeira»-Rechtsprechung zum FZA einen Anpassungsbedarf. Er hofft, dass das Bundesgericht seinen eigenen Bekundungen zur Verwirklichung einer parallelen Rechtslage treu bleibt und sich dem neuesten Urteil des EuGH anschliesst.

*Saba Ejigu* beschäftigt sich mit der Geschichte und der Entwicklung des **Begriffs der Vergewaltigung im Schweizer Rechtssystem**. Sie plädiert für eine Überarbeitung des Begriffs der Vergewaltigung im Schweizer Strafgesetzbuch. Die Definition dürfe nicht mehr nur auf den sexuellen Akt selbst beschränkt, sondern müsse auch auf weitere Formen der sexuellen Penetration ausgeweitet werden. Zudem fordert Sie eine klarere Darstellung, dass sowohl Männer wie Frauen Täter und Opfer sein können. Diese Anpassungen wären auch aus dem Blickwinkel der Bundesverfassung bzw. des Prinzips der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts zu befürworten.

Kapitalanlagen bergen Risiken, so viel ist bekannt. Sollte den Kleinanlegern ein grösseres Schutzniveau zustehen als qualifizierten Anlegern? Wann ist ein Anleger qualifiziert und benötigt keine Beratung durch die Finanzdienstleisterin? *Harald Bärtschi* hält in seinem Podcast fest: «**Der Kundensegmentierung kommt im Finanzmarktrecht eine wachsende Bedeutung zu.** Die Finanzdienstleisterinnen sind gut beraten, die Augen offen zu halten und ihre Kunden bereits heute entsprechend einzuteilen, will man nicht alle Kundinnen sozusagen in einen Topf werfen und ihnen einheitlich das höchste Schutzniveau der Privatkundinnen zukommen lassen.» (Mehr zum Thema Finanzmarktrecht finden Sie in der Reihe [Podcasts@Weblaw Finanzmarktrecht](#).)

*Roland Pfäffli* rezensiert die aktuell erschienene Dissertation: «**Die Verknüpfung zwischen gesicherter Forderung und grundpfandbezogenen Sicherungsrechten, Eine Untersuchung zur Akzessorietät und zum Akzessorietätsersatz bei Immobiliarsicherheiten**», verfasst von Alexandra Dal Molin-Kränzlin.

Wir freuen uns sehr Frau [Andrea Opel](#) als neue Redaktorin für deutschsprachige Beiträge im Steuerrecht

und Herrn [Bertrand Perrin](#) als neuen Redaktor für die französischsprachigen Beiträge im Strafrecht begrüssen zu dürfen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und einen guten Start in die neue Woche.

[Stéphanie Schwab](#)

Leiterin Jusletter

[Simone Kaiser](#)

Verlagsleiterin Editions Weblaw

Urteilsbesprechungen

**Marc Spescha**

### **EuGH-Urteil C-115/15 NA widerspricht der bundesgerichtlichen Auslegung von Art. 3 Abs. 6 Anh. I FZA**

**Eine Anpassung der bundesgerichtlichen «Ibrahim/Teixeira»-Praxis (BGE 139 II 393) erscheint unumgänglich**

In einem bemerkenswerten Urteil vom 30. Juni 2016 legte der EuGH Art. 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer dahingehend aus, dass ein Kind und dessen drittstaatsangehöriger Elternteil, der das alleinige Sorgerecht wahrnimmt, ein Aufenthaltsrecht im Aufnahmemitgliedstaat hat, wenn der andere Elternteil Unionsbürger ist und im Aufnahmemitgliedstaat erwerbstätig war. Nicht von Belang ist, ob die Familiengemeinschaft aufgelöst war und der Unionsbürger den Aufenthaltsstaat verlassen hat, bevor das Kind dort eingeschult wurde.

**Beitragsarten:** Urteilsbesprechungen

**Rechtsgebiete:** Ausländer- und Asylrecht

Beiträge

**Saba Ejigu**

### **Le viol : regard en droit suisse et comparé**

Der Begriff der Vergewaltigung hat – und wird auch weiterhin – auf der ganzen Welt und in der Geschichte viele Änderungen erfahren. Im Beitrag wird zunächst kurz geprüft, wie sich die Definition der Vergewaltigung im Laufe der Geschichte und im schweizerischen Recht entwickelt hat. Sodann werden die verschiedenen Vergehen sexueller Gewalt in den westlichen Ländern untersucht, um die besondere Situation in der Schweiz in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Schliesslich wird der enge Begriff der Vergewaltigung nach schweizerischem Recht und die Zweckmässigkeit dieser Schweizer Besonderheit in der heutigen Zeit analysiert. (bak)

**Beitragsarten:** Beiträge

**Rechtsgebiete:** Strafrecht

Podcasts

**Harald Bärtschi**

### **Kundensegmentierung im Finanzmarktrecht**

Die Anforderungen an den Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen sind unterschiedlich, je nachdem, ob es sich um einen qualifizierten oder einen gewöhnlichen Anleger handelt. Mit dem Finanzdienstleistungsgesetz wird eine solche Einteilung auf den gesamten Finanzdienstleistungsbereich ausgedehnt. Die darin vorgesehene Abgrenzung zwischen Privatkundinnen und professionellen oder institutionellen Kunden hat zu vereinzelter Kritik geführt. In der

Praxis ist die Kundensegmentierung bereits verbreitet. Im Podcast werden die geltenden sowie künftigen Regeln erörtert und das Schweizer Recht mit der Kundensegmentierung in der EU verglichen.

### Harald Bärtschi

Prof. Dr. iur., LL.M., Rechtsanwalt

Kundensegmentierung im  
Finanzmarktrecht



**Beitragsarten:** Podcasts

**Rechtsgebiete:** Bankrecht

Rezension

Roland Pfäffli



### Rezension: Neue Dissertation zum Grundpfandrecht

Im Schulthess-Verlag ist aktuell eine Luzerner Dissertation zum Grundpfandrecht erschienen. Sie befasst sich mit der am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Gesetzesrevision hinsichtlich der Verknüpfung zwischen der gesicherten Forderung und dem Sicherungsrecht.

**Beitragsarten:** Rezension

**Rechtsgebiete:** Sachenrecht

Aus dem Bundesgericht

Jurius



### Keine Verwahrung für gewalttätigen Neonazi

BGer – Der Mann aus der Neonazi-Szene, der 2012 im Zürcher Niederdorf einem Gesinnungsgenossen in die Brust schoss, wird nicht verwahrt. Das Bundesgericht hat eine entsprechende Beschwerde der Zürcher Oberstaatsanwaltschaft abgewiesen. Es bleibt bei einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren und einer ambulanten Psychotherapie. (Urteile 6B\_463/2016, 6B\_529/2016)

**Beitragsarten:** Aus dem Bundesgericht

**Rechtsgebiete:** Allgemeine Begriffe des Strafrechts, Strafrecht Schweiz Besonderer Teil, Strafen und Massnahmen. Pönologie

Jurius



### Réexamen d'un litige entre Google et un oligarque ukrainien

BGer – Das Bundesgericht akzeptiert die Beschwerde von Google in einem Rechtsstreit mit dem ukrainischen Oligarchen Igor Kolomoisky. Die Genfer Justiz muss ihren Entscheid über eine vorsorgliche Massnahme nochmals überprüfen, welchen sie gegen den Milliardär ausgesprochen hat. (Urteil 5A\_812/2015) (sts)

**Beitragsarten:** Aus dem Bundesgericht

**Rechtsgebiete:** Personenrecht

Aus dem Bundesstraengericht

**Jurius****Auslieferung an die Tuerkei: Schweiz muss Menschenrechtssituation pruefen**

BStGer – Ein Tuerke, der in seiner Heimat zu einer ueber siebenjaehrigen Gefaengnisstrafe verurteilt wurde, bleibt vorlaeufig in der Schweiz. Das Bundesstraengericht hat den Auslieferungsentscheid aufgehoben und die Sache an das Bundesamt fuer Justiz (BJ) zurueckgewiesen. Dieses muss die Menschenrechtssituation in der Tuerkei neu ueberpruefen. (Urteile RR.2016.126, RP.2016.31)

**Beitragsarten:** Aus dem Bundesstraengericht

**Rechtsgebiete:** Internationale Rechtshilfe, Auslieferung, Menschenrechte